

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/102

Bonn, den 31. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Ohne Dunkelkammer und Hast

65

Der Beschluß der Führungskörperschaften der SPD
zur Notstandsgesetzgebung

2 - 3

Die Zukunft hat schon begonnen

79

Die Frau in der modernen Industriegesellschaft
Zur SPD-Frauenkonferenz in Koblenz

Von Ursula Ruby

4 - 5

Falken legen klare Bekenntnisse ab

72

10. Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands

6 - 7

Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts

- 82

Kißachtung gleicht Todesstoß

Von Fernand Dehousse

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europarats

· · ·

Ohne Dunkelkammer und Hast

Der Beschluß der Führungskörperschaften der SPD
zur Notstandsgesetzgebung

sp - Die Würfel sind gefallen. Es wird in dieser Legislaturperiode kein Notstandsgesetz geben, weil Regierung und Regierungsparteien es trotz zweiährigen Drängens der SPD nicht fertiggebracht haben, zu entscheidenden Problemen der Notstandsgesetzgebung klare Gesetzestexte vorzubringen, die in jeder Beziehung auch in Zeiten der Not die freiheitlich rechtliche Ordnung des demokratischen Staates gewährleisten.

Der am vergangenen Wochenende von den Führungskörperschaften der SPD in Saarbrücken einstimmig gefaßte Beschluß basiert auf den Beschlüssen der Parteitage von Köln und Karlsruhe, in denen unmißverständlich erklärt wurde, unter welchen Voraussetzungen die SPD ihre Zustimmung zu einer notwendigen Verfassungsänderung geben würde.

- * In der gegenwärtigen Situation sind aber noch nicht einmal jene Fragen geklärt, bei denen es um die Post- und Telefonüberwachung geht. Das aber ist eine entscheidende Voraussetzung für die Ablösung der alliierten Rechte. Auch die Fixierung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen ist offen geblieben. Ebenfalls ungeklärt bleibt die unbedingt notwendige und vollständige Klärung der gesetzlichen Regelung des Presserechtes in Zeiten der Not.

- * Ein Versuch, diese ungeklärten Fragen im Galopp noch in dieser Legislaturperiode durchzuziehen, wäre eines demokratischen Staates unwürdig. Nach Lage der Dinge müßte das entweder ein Puschwerk werden, oder ein in der Dunkelkammer nicht öffentlicher Verhandlungen zustande gekommenes Ergebnis zeitiger.

- * Das aber macht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht mit! Die Wahrung der Würde und des Rechtes unserer Bürger ist und bleibt die Grundlage der demokratischen Staatsordnung auch in Notzeiten. Alle Gesetze, die hierzu erforderlich sind, müssen nach Auffassung der SPD öffentlich diskutiert werden, müssen in voller Verantwortlichkeit des ganzen Parlaments und jedes einzelnen Bürgers verabschiedet werden können.

Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind und die noch offenen Fragen lediglich durch "Grundsatzzusagen" unter den Parteien

als Wechsel auf eine ungewisse Zukunft ausgestellt, anstatt in klaren Gesetzestexten niedergelegt werden, solange kann die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu den Forderungen der Regierungsparteien nicht geben.

Es ist für die SPD selbstverständlich, daß die Sicherheit der Bürger und des Staates auch oder gerade in Notzeiten gewährleistet sein müssen. Aus diesem Grunde haben die Beauftragten der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungsparteien in jeder Phase der Gespräche darauf gedrängt, alle in der Notstandsgesetzgebung noch offenen Fragen zu klären. In einigen wichtigen Punkten ist das geschehen. Sie sind in der Saarbrücker Entschließung der Führungskörperschaften der SPD im einzelnen aufgeführt. Hier wird klar, daß es der SPD bei ihren Beschlüssen von Köln und Karlsruhe und bei ihrer jetzigen Entscheidung in Saarbrücken um Wahrung des Rechts und der Sicherheit in unserem Staate ging und geht. Diese Entscheidung ist nach einer gründlichen Diskussion erfolgt. Sie wurde von niemandem beeinflusst, sie ist das Ergebnis einer gewissenhaften Selbstprüfung aller Mitglieder der Sozialdemokratischen Führungskörperschaften.

Das Problem selbst - Wahrung von Recht und Freiheit auch in Notzeiten - bleibt bestehen. Die jetzige Regierungsmehrheit konnte es infolge ihrer eigenen Versäumnisse nicht befriedigend lösen. Die Bürger unseres Staates haben einen Anspruch darauf, daß ihre Sorgen ernst genommen werden.

Die jetzige Bundestagsmehrheit konnte diesen Anspruch nicht gerecht werden. Jetzt hat ein neuer Bundestag das Wort. Er muß offen, ohne Dunkelkammer und Hast, und mit der Teilnahme unseres politisch mündigen Volkes jenes Gesetzeswerk schaffen, das jetzt infolge der Versäumnisse der Regierungsparteien nicht verabschiedet werden kann. Es muß ein Gesetz zur Wahrung von Recht und Freiheit auch in Notzeiten werden.

Die Zukunft hat schon begonnen

Die Frau in der modernen Industriegesellschaft Zur SPD Frauenkonferenz in Koblenz

MdB Marta Schanzenbach, Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bezeichnete am 29. Mai die zurückliegenden Bundesfrauenkonferenzen der SPD als "Meilensteine" gesellschaftspolitischer Arbeit. Dies gilt auch für die Sozialdemokratische Bundesfrauenkonferenz 1965, die vom 28. bis 30. Mai in Koblenz zusammengetreten war, denn an ihre Delegierten war das betreffende Wort gerichtet.

Wie in Berlin (1959), in Oberhausen (1961) und in Frankfurt (1963) fand auch in der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle keine "Frauenkonferenz" im eigentlichen oder herkömmlichen Sinn statt. (Ausser Marta Schanzenbach, bestritten Männer die Referate). Natürlich ging es unter anderem auch um Frauenfragen. Vielmehr ein sozialpolitisches Problem, das einerseits die ganze Gesellschaft, auf der anderen Seite eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe - die Frauen nämlich - zu gleichen Teilen berührt, stand im Mittelpunkt aller Referate, Arbeitsgemeinschaften und Diskussionen: Es ging darum, dass die lange Zeit hindurch unterprivilegierte soziale Gruppe der Frauen so schnell und so vollständig wie möglich noch fügenloser in die Gesellschaft integriert werden muss, als dies bisher bereits geschehen ist.

Dieses politische Postulat war die Essenz der Tage von Koblenz. Es fand sich in der beinahe nebensächlich scheinenden Ausstellung "Malerinnen aus Berlin", die im Rahmen des Frauentreffens gezeigt wurde. Es fand sich in den persönlichen Gesprächen, die unter den Delegierten und Gästen stattfanden. Es beherrschte die politischen Referate ("Frau und Bildung", gehalten von Senator C.H. Evers, Berlin; "Massenkommunikationsmittel und ihre Einwirkung auf die Frau", gehalten von Wolfgang Schulz, Pädagogische Hochschule Berlin). Es stand im Mittelpunkt der Rede Willy Brandts, gehalten während der öffentlichen Kundgebung am Abschlusstage der Konferenz.

Koblenz brachte eine Bilanz des Erreichten und zugleich einen Katalog dessen, was als nächstes getan werden muss.

Die Bilanz weist eine stattliche Reihe von Haben-Posten aus. Das politische Interesse der Frauen nimmt zu. (Marta Schanzenbach: "Die Vorstellung von der unpolitischen Frau ist also richtig und falsch zugleich; denn wenn sich auch zwei Drittel der Frauen als politisch uninteressiert bezeichnen, gehen immerhin fünf Sechstel der weiblichen Wahlberechtigten zur Wahl.") Weit über die Hälfte aller Frauen führt, laut Angabe bei einer vor wenigen Monaten vom Institut für angewandte Sozialwissenschaften durchgeführten Umfrage, "sehr oft" oder doch "oft" Gespräche über Politik. Allerdings wies Senator Evers nach, dass das Bildungsgefälle in unserer Gesellschaft bei den Frauen sehr augenfällig in Erscheinung tritt; aber ungeachtet dessen ist nicht zu bezweifeln, dass die Eltern wie auch die Wirtschaft mehr denn je an einer qualifizierten Ausbildung des ins Erwerbsleben eintretenden weiblichen Nachwuchses interessiert sind.

Auch Wolfgang Schulz von der Pädagogischen Hochschule Berlin betonte, dass die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, dazu angehalten sind, die weiblichen Leser, Hörer und Seher in ihren Vorstellungen "einer notwendigen Beschränkung der Frau auf den nachbarlich-familiären Bereich" zu bestärken. Damit wird ein Kreis geschlossen: "Die Auswahl

der Informatixen festigt die politisch abhängige, nur in reicher Innerlichkeit Erbauung suchende Frau in ihrer Rolle". Allein die Tatsache, dass die auf diesem Gebiet vorhandenen Mängel begriffen wurden, dass man die Notwendigkeit, sie auszuräumen, erkannt hat, berechtigt zu Hoffnungen für die Zukunft.

Willy Brandt machte in seinen Ausführungen vor allem deutlich, dass "Frauenpolitik" von einer Gesellschaftspolitik, die diesen Namen verdient, nicht zu trennen ist. Natürlich stellte er den Frauen-Anteil am Aufbau der Bundesrepublik heraus. Aber der weit überwiegende Teil seiner Rede war politischen Problemen gewidmet, die weit davon entfernt sind, als "klassische Frauen-Themen" bezeichnet zu werden: Außenpolitik, Innenpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungs- und Schulpolitik... Es gab nicht nur keinen Protest ob dieser "Zweckentfremdung" einer Frauenkonferenz, sondern begeisterten Beifall.

Den aufmerksamen Zaungast in der Rhein-Mosel-Halle wunderte das nicht. Mehr als deutlich hatten die Berichterstatte(r)innen der Arbeitsgemeinschaften herausgestellt, dass es der heutigen Frauen-Generation in erster Linie nicht um Sonderrechte geht, sondern darum, die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte unter ihren Generationskolleginnen populär, ihre Inanspruchnahme vonschicten der Frauen zur Selbstverständlichkeit zu machen. Den Frauen von heute und morgen einzubleuen, dass Gleichberechtigung nicht dadurch erlangt wird, dass man sie sich verleihen lässt, sondern dadurch, dass man sie in Anspruch nimmt wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wie die Unverletzlichkeit der Wohnung - wie das Recht auf Arbeit.

So sehr ist dies keine Zukunftsmusik mehr. Aber die Frauenkonferenz der SPD in Koblenz bestärkte uns in der Gewissheit, dass diese Zukunft schon begonnen hat - wenn sich auch die meisten Frauen dessen noch gar nicht bewusst geworden sind.

* * *

Falken legen klare Bekenntnisse ab

10. Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands

Gewa - Nürnberg

Für vier Tage war Nürnberg der Sitz der 10. Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken. In angestrenzter Arbeit nahmen die 151 Delegierten der Bezirke und Landesverbände zu aktuellen und grundsätzlichen Problemen Stellung. Im Mittelpunkt standen bildungspolitische Fragen. Berlins Schulsenator Carl Heins Evers hielt das Hauptreferat. Er zeigte auf, was auf diesem Gebiet in der Vergangenheit alles versäumt wurde und welche Aufgaben in der Zukunft bewältigt werden müssen, wenn Deutschland nicht in wenigen Jahren statt Gastarbeiter Führungskräfte zu sich bitten muß. Eindeutig legten sich die Delegierten auf die Gemeinschaftsschule fest.

Mit großem Ernst wurden 55 Anträge zu politischen Fragen behandelt. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, daß auch zu schwierigen Fragen nicht starre Meinungen vorhanden waren und sich Delegierte durchaus in der Diskussion noch beeinflussen ließen. Hauptdiskussionspunkte waren die Notstandsgesetzgebung und die Frage der Beteiligung an den Ostermärschen der Atombombengegner. Besonders zur Notstandsgesetzgebung wurden sehr ernsthafte Bedenken vorgebracht, mit teilweise ganz neuen Argumenten. Für den Status Berlins sah man die Hauptschwierigkeiten.

Stellungnahmen wurden abgegeben zu den Kriegsherden in Vietnam und der Dominikanischen Republik, zur politischen Strafjustiz im Bundesgebiet, zur Jugendpolitik und vielen anderen Themen. "Berlin gehört zur Bundesrepublik" war das Bekenntnis eines Antrages. Wehrpflichtige sollten in Zukunft besser aufgeklärt werden über ihre Rechte und für Entwicklungsländer soll alle Jahre eine Aktion unter dem Motto "Für den Frieden leben" durchgeführt werden. Mit knapper Mehrheit wurde wegen grundsätzlicher Bedenken die Forderung nach einer Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre gekennzeichnet. Verstärkte Kontakte soll der neugewählte Bundesvorstand mit der Jugend osteuropäischer Länder aufnehmen. Außerdem ist er aufgefordert, Untersuchungen anzustellen, wie er mit der Jugend der DDR ins Gespräch kommen kann.

Neu an der Diskussion war, daß nach Jahren sämtliche Anträge voll ausdiskutiert werden konnten. Was frühere Falkenkonferenzen nicht zuwege brachten, konnte diesmal eingehalten werden, kein Antrag auf Schluß der Debatte oder Abschluß der Reinerliste mußte gestellt werden. Dies war für den Konferenzablauf sehr förderlich und das so-

nannte "Konferenzklima" war besser als auf früheren Konferenzen. Es zeigte sich aber auch, daß es der Opposition innerhalb des Verbandes nicht gelungen ist, in den letzten Jahren an Boden zu gewinnen.

Ein Merkmal der Konferenz waren die zahlreichen Ehrengäste, die über 25 Begrüßungsreden hielten. U.a. wurde auch zwei Gästen des Jugendrats der UdSSR die Möglichkeit gegeben, eine Grußbotschaft zu überbringen. Sie wiesen darauf hin, daß die sowjetische Jugend Verbindung mit der Jugend in aller Welt suche und auch zur Zusammenarbeit mit der Jugend der Bundesrepublik bereit sei. Daneben weilten Gäste aus Österreich, England, Frankreich, Jugoslawien und Israel auf der Konferenz, genauso wie die Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendrings und des Bayerischen Jugendrings.

Gefördert wurde das Konferenzklima insbesondere auch durch das ausgleichende Wesen des bisherigen Bundesvorsitzenden Horst Zeidler, der selbst nach einem heftigen Angriff auf seine eigene Person sich nicht scheute, den Angreifenden für den Bundesvorstand vorzuschlagen. Der neugewählte Vorsitzende, der bisherige Geschäftsführer Klaus Flegel zeigte in einer vorausschauenden Rede die Probleme der Arbeit für die kommenden zwei Jahre auf. Er verteidigte das Recht der Jugend auf Kritik an dem Staat, den sie als den ihren anerkennt. Zu dieser Kritik muß aber Wissen vorhanden sein. Er entwickelte daher eine Reihe neuer Gedanken zur Ausbildung der Jugendleiter, die auch in Zukunft immer ehrenamtlich tätig sein müßten.

Insgesamt gesehen, wurde mit dieser Konferenz in Nürnberg die seit der letzten Konferenz in Bielefeld klare Linie der "Falken" fortgesetzt. Wie es auch während der Konferenz einmal gesagt wurde, helfen dem Verband weder rechts- noch linksradikale Strömungen. Trotzdem ist der Bogen innerhalb der sozialistischen Jugend sehr weit gespannt und auch diejenigen, die eine abweichende Meinung von der Mehrheit des Verbandes vertreten, können, soweit sie sich an die entsprechenden Beschlüsse halten, mitarbeiten. Daß diese Kräfte hierzu bereit sind und ihnen die Chancen hierfür gegeben werden, zeigten die Wahlergebnisse der Vorstandschaft. Auf politischer Ebene ist der Verband bereit, zu allen Fragen, welche die Jugend interessieren oder zumindest interessieren sollten, Stellung zu nehmen. Dieses Recht bekräftigte auch Herbert Wehner, der den "Falken" zum Abschluß der Konferenz die Politik der SPD im Wahljahr klarlegte.

Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts

Mißachtung gleicht Todesstoß

Von Fernand Dehousse

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europarats

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften kann in verschiedenster Weise gestört oder in Frage gestellt werden. Im Grunde ist es doch noch eine ziemlich zarte Pflanze, die der Vertrag von Paris und später dann die Verträge von Rom dem Boden unseres alten Europa entsprossen ließen. Sie bedarf ständiger Hege und Pflege.

Wohin würde es zum Beispiel führen, wenn die wahre Natur der europäischen Verträge in gewissen Mitgliedsländern auf einmal in Abrede gestellt, oder wenn die Durchführung der Normen, die die Gemeinschaften in Form von Entscheidungen, Verordnungen usw. ausarbeiten, durch das innerstaatliche Recht der Mitgliedstaaten behindert wird?

Und gerade das beginnt seit einiger Zeit zutage zu treten. Die Erklärung dafür ist einfach. Es liegt an dem Fortbestand von Traditionen, die im Grunde nur ein Ausdruck des Nationalismus sind. Ein Nationalismus, der die Waffen nicht streckt, auch wenn es nicht immer ein bewußter ist.

Eine Reihe nationaler Behörden sind noch nicht so weit, zuzugestehen, daß die europäischen Verträge und die Gemeinschaftsnormen als solche innerhalb der Mitgliedstaaten angewendet werden müssen. Sie hängen weiterhin der alten Konzeption an, daß sowohl die Verträge als auch die Normen in das innerstaatliche Recht als innerstaatliche Gesetze oder Verordnungen "einbezogen" werden müssen. In diesem Fall handelt es sich um eine völlig überholte Auffassung, die darauf hinausläuft, den autonomen Charakter der gemeinschaftlichen Rechtsordnung zu leugnen. Sie birgt überdies die Gefahr in sich, daß sie dem Mitgliedstaat die Gelegenheit bietet, selbst zu bestimmen, was er übernimmt und was nicht. Selbstverständlich sind weiterhin Maßnahmen innerstaatlichen Rechts für die vollständige Anwendung des Gemeinschaftsrechts dort erforderlich, wo dieses selbst dazu nicht ausreicht, es ist jedoch etwas anderes, seine Einführung in das innerstaatliche Recht im nationalen Gewand zum Dogma zu erheben.

Anfechtbar und besorgniserregend

Noch anfechtbarer und besorgniserregender sind die im Augenblick, zumindest in einigen Ländern, ziemlich häufigen gerichtlichen Entscheidungen, nach denen man einen Vertrag oder eine Norm durch ein späteres Gesetz rechtsgültig aufheben könne. Der Regel *lex posterior derogat priori* ist jedoch bei einem solchen Konflikt der Boden entzogen, da in diesem Konflikt Rechtsnormen einander gegenüberstehen, die aus verschiedenen Quellen stammen. Wer wird andererseits nicht gewahr:

daß, wenn man sich auf diesen Weg begibt, dahin gelangt, der früheren Norm ihre Vollstreckbarkeit, ja sogar ihre Daseinsberechtigung zu nehmen? Weshalb sollte man nämlich fortfahren, Verträge - gleich welcher Art - abzuschließen, wenn die nationalen Gerichte die gegen diese gerichtete Zerstörungsarbeit legitimieren?

Bei all diesen Praktiken der Legislative, Exekutive oder Rechtsprechung werden die spezifischen Züge des Gemeinschaftsrechts verkannt. Man versucht, das sogenannte System der gebundenen Kompetenzen wieder zur Geltung zu bringen, das die Gemeinschaften gerade durch das sehr viel wirksamere System der delegierten Kompetenzen ersetzen wollten. Wenn man darauf nicht achtgibt, könnte durch diese Praktiken mit der Zeit das ganze Gebäude zum Einsturz gebracht werden.

Deshalb werden zur Zeit fast überall, und nicht nur in den vom europäischen Geist beseelten Kreisen, Alarmrufe laut. Wir möchten betonen, daß dadurch keineswegs die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die einer der Pfeiler der demokratischen Ordnung bleibt, in Frage gestellt werden soll. Wir beabsichtigen vielmehr, eine umfassendere und bessere Information über die Probleme sicherzustellen, die - wie man zugeben muß - sehr oft nicht gut oder unzureichend bekannt sind. Es geht darum, die Öffentlichkeit aufmerksamer auf die Veränderungen zu machen, die in den Denkgewohnheiten eintreten müssen, um sich an die neue Situation anzupassen.

Die militante Rolle des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament durfte bei solchen Bemühungen nicht abseits stehen. Treu seiner Berufung als Förderer und Hüter des Gemeinschaftsideals war es sich selbst schuldig, eine militante Rolle zu übernehmen. Seine Berichte und seine Debatten haben oftmals dazu beigetragen, die europäischen Notwendigkeiten ins Bewußtsein zu rufen. Es verstand sich deshalb von selbst, daß es auf seine Tagesordnung das Problem des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts vor dem Recht der Mitgliedstaaten setzte. Unter der etwas trockenen Schale enthält dieses Problem in Wirklichkeit einen Kern von grundlegender Bedeutung.

Allerdings dürfen wir vom Europäischen Parlament nicht erwarten, daß es zu wissenschaftlichen Thesen und Streitfragen Stellung bezieht. Das ist selbstverständlich nicht seine Aufgabe. Es gibt jedoch Grundsätze, bei denen es nicht zulassen kann, daß sie übertreten werden, ohne daß es dieser Aufgabe untreu würde. Der Grundsatz des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts zählt zu diesen Fragen und das Europäische Parlament hat die Pflicht, diesen Grundsatz zu verkünden. Die Mißachtung dieses Grundsatzes führt im Bereich des klassischen Völkerrechts zu einer Krise, die bedenkliche Ausmaße annehmen würde. Für das Gemeinschaftsrecht, dessen Hauptziel darin besteht, für alle sechs Länder einheitliche Lösungen herbeizuführen, würde sie einem Todesstoß gleichkommen.